

Kolumne : was die Mutterschaftsversicherung mit der Globalisierung zu tun hat!

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was die Mutterschaftsversicherung mit der Globalisierung zu tun hat!

Am 13. Juni 1999 wurde die Einführung der obligatorischen Mutterschaftsversicherung vom (Deutsch)Schweizer Stimmvolk zum dritten Mal abgelehnt. Für ein «Ja zur natürlichsten Sache der Welt» hatten Frauenorganisationen von links bis rechts, Gewerkschaften und Frauengruppierungen fast aller Parteien geworben. Schliesslich ging es um die Erfüllung eines vor 55 Jahren erteilten Auftrags, den die damaligen Stimmbürger (es waren nur Männer!) mit 76 Prozent der Stimmen gutgeheissen hatten. Die Mutterschaftsversicherung war also überfällig und erst noch, in den Augen ihrer Befürworterinnen und Befürworter, «gerecht, moderat, finanzierbar, breit abgestützt und von Vorteil für alle».

Wie ein Anliegen von 30 Jahren Frauenbewegung vom Tisch gewischt wurde

Trotzdem wurde sie *abgelehnt*. Von Frauen und Männern. Aus vielen, gemischten Gründen. Aus dem «Ja zur natürlichsten Sache der Welt» hatten Gegnerinnen und Gegner in ihrer Kampagne den Aufruf «Keine Subventionen für die privateste Sache der Welt» gemacht und damit an ein ganzes Knäuel von tief verwurzelten Gefühlen und eingeschliffenen Rollenmustern gerührt. Wir alle haben schliesslich gelernt, Kinder als *Erfüllung eines privaten Wunsches* zu betrachten, als Privateigentum und Privatinvestition, für die jene sorgen sollen, die sie in die Welt gesetzt haben. Und zumindest gefühlsmässig haben auch erfolgreiche Berufsfrauen die Erwartungen an die Verfügbarkeit der Mütter in der Sphäre des Privaten verinnerlicht.

Gar nicht zu reden davon, dass es den meisten Frauen schwerfällt, die *sogenann-*

te Reproduktionsarbeit – ein irreführendes Wort, weil ja das Kinderkriegen die einzige Tätigkeit ist, die lebendiges Leben produziert! – überhaupt als Arbeit anzusehen. Es ist eine Privatbeschäftigung, die etwas damit zu tun hat, dass Frauen lieben, Männer und Kinder lieben!

Mit dem Slogan von der *privatesten Sache der Welt* hatte das Komitee die Anliegen von dreissig Jahren Frauenbewegung praktisch vom Tisch gewischt. Da ist es nämlich genau um die Frage gegangen, wieweit die *Privatisierung* von Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft die Rahmenbedingungen des Lebens für Frauen dermassen festlegt, dass dadurch die Inanspruchnahme gleicher Rechte behindert wird. Eine Mutterschaftsversicherung sollte ein Beitrag sein, diese Rahmenbedingungen etwas chancengerechter zu gestalten. Nach EU-Richtlinie wäre das ohnehin ein minimaler Beitrag gewesen.

Solidarisch mit dem Neoliberalismus?

Der Slogan war freilich nicht der einzige, der in dieser Kampagne zur Volksverdummung beigetragen hat. Ein anderer tauchte immer wieder in den Debatten um die *Zukunft des Sozialstaates* auf, die im Umfeld der Mutterschaftsversicherung liefen. «Wenn wir jetzt mit der Mutterschaftsversicherung den Sozialstaat noch weiter ausbauen, bekommen unsere alten Leute bald einmal keine AHV mehr.» Obwohl dieses Argument sachlich unsinnig ist, da die beiden Versicherungen ganz unterschiedlich finanziert worden wären, trifft es eine tiefsitzende Angst und trägt aktiv zur *Entsolidarisierung* genau jener bei, die sich eigentlich gemeinsam für ihre – ohne-

hin bescheidenen – Rechte einsetzen sollten.

Dabei ist es keineswegs so, dass sich die Gesellschaft einfach «entsolidarisiert». Vielmehr wird Solidarität heute neu entworfen. Solidarisch sollen wir werden mit der Ideologie, den Mythen und dem Menschenbild des globalen Neoliberalismus, der uns einredet, dass Menschen nun einmal so sind, immer bloss auf den eigenen Vorteil bedacht; und dass die wirtschaftliche Entwicklung zwingend wie die Natur selbst zur *Verknappung des Sozialen* führe.

Solidarisch sollen wir werden mit dem Heilsversprechen, dass das gute und schöne Leben eine Frage des Lifestyle sei, der Warensortimente und der Trendsetter, und dass es nichts zu tun habe mit dem Teilen, mit der Solidarität nach unten und in der Horizontalen, mit unserem leidenschaftlichen *Streben nach Gerechtigkeit*.

«Die Frauen in meiner Sauna haben darüber geredet, dass es ohnehin die Ausländerinnen seien, die viele Kinder haben. Alles das hätten wir subventionieren müssen», hat mir eine Frau erzählt, als wir über den «schwarzen Sonntag» sprachen. Dass es solche Stimmen gibt, ist normal, der (*verkappte*) *Rassismus* in Europa und auch in der Schweiz ist eine Tatsache; beängstigend ist, wie er in diesem Wahlkampf benützt und hoffähig gemacht worden ist.

Gemeinwohl light

Es war eine Abstimmung über den schon erreichten Grad der *Reprivatisierung des Sozialen*, der «Solidarisierung nach oben» und des globalen Neoliberalismus, der jeden anderen Entwurf als hoffnungslos altbacken und rückwärtsgewandt abqualifiziert. Im Tagesanzeiger vom 19. Juni 1999 hat Markus Somm, in der Nachlese zum Wahldebakel vom 13. Juni, die *SP* darauf aufmerksam gemacht, dass in den meisten sozialdemokratisch regierten Ländern Europas der Ausbau des Sozialstaates kein Thema mehr sei. Auch der Linken dieses Landes sei ein Rutsch zur Mitte zu empfehlen, eine Injektion *Blairismus* und nützliche Koalitionen mit der Rechten, kurzum

«Krötenschlucken» im Wirtschafts- und Sozialbereich und «etwas neoliberale Ruchlosigkeit». Gemeinwohl light, eben.

Abgesehen davon, dass der (im Vergleich mit europäischen Ländern) eher dürftige Ausbau des Sozialstaates in der Schweiz kein vernachlässigbares Detail, sondern wichtiger Kontext dieser Abstimmung war, stösst mir die *neoliberale Ruchlosigkeit* sauer auf. Sie kann sich unbekümmert um die Konsequenzen für ihre Opfer geben. Die kommen gar nicht in den Blick. Die Solidarisierung nach oben kann überhaupt nur funktionieren, wenn bestimmte Menschen und Anliegen überhaupt nie in den Blick kommen, wenn genügend Menschen nicht nach unten, und zunehmend nicht einmal mehr zur Seite sehen. Wenn keine Fragen gestellt werden an die gegenwärtigen Bereicherungsprozesse und die damit einhergehenden massiven Verarmungsschübe; wenn uns keine Empörung packt angesichts schon obszön wirkender Gewinnmargen bei gleichzeitig «unumgänglichen» Arbeitsplatzverlusten, sondern allenfalls resignierte Trauer; wenn wir glauben sollen, dass der Sozialstaat «natürlicherweise» nicht finanzierbar ist.

Win-Win Modelle sind schon recht. Aber was, bitte sehr, haben die Frauen gewonnen, was nicht schon wieder in Gefahr ist, zurückbuchstabiert zu werden? Das Nein zur Mutterschaftsversicherung war eine *Befundanzeige* für beide, für den Zustand der *Frauenbewegung* und den des *Sozialstaates*. Beide haben im globalen Markt wenig Attraktivität. Vielleicht stimmt einfach die Verpackung nicht so recht, vielleicht haben wir das Ethikmarketing noch nicht so richtig im Griff.

Vielleicht aber ist das klare Einstehen für Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, für eine Kultur der Solidarität und des Gemeinwohls tendenziell störend für die neoliberale Selbstentfaltung, aber weiterhin nötig, auch wenn es sich nicht so glatt bewerben lässt. Dass es von gestern und vorgestern sei, stört mich nicht. Ich lese die *Bibel* und weiss, dass die Tradition älter ist, und dass es einen langen Atem braucht!

Reinhild Traitler